



Die 500 Millionen-Uni 3

Die beiden Trägerkantone Basel-Land und Basel-Stadt leisten im Jahr 2007 einen Kosten-Beitrag von zusammen 253 Millionen Franken. Das ist gut die Hälfte des Gesamtaufwandes von 500 Millionen Franken jährlich.

Keine Medienschelte 4

Die Medien haben den Entwurf für den neuen Univertrag gnädig aufgenommen, bisher sind pointierte ablehnende Reaktionen generell ausgeblieben. Ein Kommentator meinte gar: Viel gelernt aus der Vergangenheit.

Regenz als Schattenkabinett 5

Die Studentin Sandra Stämpfli äussert sich im Interview kritisch zur Rolle der Regenz. Und sie fragt auch, wo denn die vielen neuen Studenten sitzen sollen, die man anstrebt, wenn doch jetzt schon die Hörsäle zu klein sind.

Baselbieter Geist einhauchen 6

Ein Podium des Fördervereins am 27. April im Landratssaal bildete den Auftakt zur Diskussion über den Univertrag. Bei nur mässiger Beteiligung überwog die Botschaft dennoch, dass die Uni jetzt den Baselbieter Geist benötige.

Permanente Überzeugungsarbeit ist nötig

Mit der gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel durch Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird jetzt ernst gemacht. Zum Sommerferienbeginn haben die beiden Regierungen ihren Parlamenten den entsprechenden Staatsvertrag vorgelegt. Jetzt beginnt die politische Feinarbeit. Der Baselbieter Regierungspräsident Urs Wüthrich-Pelloli nimmt gegenüber UniPLUS dazu Stellung.

editorial



Die gemeinsame Trägerschaft unserer Universität durch die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft ist ein Muss! Nur bei gleichberechtigter Verantwortung beider Basel und entsprechender finanzieller Beteiligung gemäss dem ausgehandelten Schlüssel ist unsere Uni in der Lage, die enormen Herausforderungen der Zukunft in Lehre und Forschung erfolgreich zu meistern. Denn nur eine starke und konkurrenzfähige Uni vermag der Region die Impulse zu geben, welche wir im Interesse einer prosperierenden Entwicklung sowie der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen aller Stufen brauchen.



Regierungspräsident Urs Wüthrich-Pelloli, Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft

Urs Wüthrich, was würden Sie als den entscheidenden Punkt der gemeinsamen Trägerschaft bezeichnen?

Urs Wüthrich:

Entscheidend ist die langfristige Zukunftssicherung der Universität Basel in ihrem Status als Volluniversität. Unsere Uni muss sich als Leuchtturm in der Schweizerischen Hochschullandschaft behaupten können.

Das ist letztlich eine Existenzfrage. Die beiden Schwerpunkte Life Sciences und Kulturwissenschaften bilden die Basis für einen kulturell attraktiven und wirtschaftlich starken Lebensraum. Es ist offensichtlich, dass mit dem Engagement unseres Kantons die Stimme der Universität Basel gestärkt wird, und zwar gegenüber den andern Kantonen, gegenüber dem Bund

und gegenüber den andern Hochschulen.

In der Landratsvorlage wird der Staatsvertrag als Meilenstein in den partnerschaftlichen Verhandlungen bezeichnet. Inwiefern wirkt sich dieser Meilenstein auf das Verhältnis zwischen den beiden Kantonen aus?

Das Verhältnis zwischen den beiden Kantonen wird, be-

Die Vernehmlassung hat eine breite, grundsätzliche Zustimmung zur Mitträgerschaft ergeben. Die kontrovers diskutierten Punkte und die zusätzlichen Anpassungsvorschläge sind durch die Regierungen beraten worden. Die bereinigte Vor-

zogen auf die Universität, ganz anders. Es ist ein Unterschied, ob ich einfach als Juniorpartner eine Leistung einkaufe oder ob ich für eine Aufgabe wie die Universität gemeinsam mit einem anderen Kanton die Verantwortung teile und mittrage. Die Verhältnisse kehren sich um. Die Qualität der Beziehung ändert sich. Es ist nahe liegend, dass sich dies als positives Musterbeispiel und als wertvolle Erfahrung auch auf die übrigen Beziehungen auswirkt. So etwas darf man ruhig als Quantensprung bezeichnen.

Wenn wir den Blickwinkel auf die Universität selber richten: Was wird für sie besser? Ist das irgendwo spürbar?

Wer die Sache gesamtschweizerisch und über einen längeren Zeitraum verfolgt, der sieht, dass die Universität Basel vor einer Existenzfrage steht. Denn nur mit einer Erweiterung der Trägerschaft kann das Wachstum finanziert werden. Das führt also zu mehr Planungssicherheit, aber auch zu mehr Verantwortung für ein mehrjähriges Budget. Erweiterte Kompetenzen kommen auch aus dem Raum-Management über den Immobilienfonds. Die Uni sichert sich also nicht nur die Finanzen und damit ihre langfristige Zukunft, sie sichert sich auch ihre Autonomie. Im kurzfristigen Alltag sind die Unterschiede möglicherweise nicht allzu riesig. Die Tatsache, dass es der Uni langfristig gut geht, kann in diesem Kontext gar nicht hoch genug bewertet werden.

In der Vernehmlassung sind verschiedene Bereiche kritisiert worden. Wie ist man damit umgegangen?

Wir haben viele Punkte in die überarbeitete Vorlage aufgenommen. Der Detaillierungsgrad beim Leistungsauftrag wird aber immer eine Gratwanderung bleiben zwischen Autonomie, dem Anspruch auf Freiheit von Lehre und Forschung und der Forderung der Politik auf aktive Mitgestaltung. Die öffentliche Hand will ja immer möglichst aussagekräftige Informationen haben über den Gegenwert der „Grossinvestition Universität“. Wir versuchen auf der heutigen Grundlage aufzubauen. Wichtig sind auch Instrumente wie die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission. Sie überprüft den Vollzug des Staatsvertrags und die Berichterstattung zum Leistungsauftrag. Sie kann aber auch den Finanzkontrollen spezielle Aufträge erteilen und Änderungen zum Staatsvertrag vorschlagen. Ziel war es nicht zuletzt, Vertrauen durch Einblickmöglichkeiten zu schaffen. Die Universität ist beispielsweise weitgehend autonom im Personalrecht. Dies findet Niederschlag in der Kompetenz des Universitätsrates, ein Statut über die Rechte und Pflichten der Dienstverhältnisse zu definieren sowie eine Personalordnung zu erlassen. Die Uni kann also selbständig Stellen bilden, diese umbilden oder aufheben und in eigener Kompetenz besetzen. Die Regierungen haben jedoch die Eckwerte über die Ausgestaltung der Anstellungs- und Dienstverhältnisse zu genehmigen.

Und wie steht es mit der inneruniversitären Mitsprache?

Diese wird unverändert weitergeführt. Durch die Bezeichnung der Organe und

Kompetenzen hat man die Mitwirkungsinstrumente auf Stufe Staatsvertrag ausdrücklich verankert. So wird beispielsweise das Rektorat von der Regenz gewählt und vom Universitätsrat bestätigt. Die Wahl durch die Regenz gibt dem Rektorat die notwendige inneruniversitäre Legitimation für die Wahrnehmung seiner Aufgaben. Und die Konsultationskompetenz der Regenz bezieht sich nicht mehr nur auf akademische Belange, sondern ebenso auf Fragen politisch-strategischer, finanzieller und administrativ-juristischer Art. Neben all diesen strukturellen Fragen messe ich einem aktiven Bemühen aller Beteiligten in Sachen aktiver Kommunikation sehr viel Gewicht bei.

Wie sieht es mit dem Problem der Pensionskasse aus? Das war während einiger Zeit ein schwieriger Verhandlungspunkt.

Ich bin sehr froh, dass wir in dieser Frage wichtige Schritte machen konnten: Wir sind einverstanden mit einer Übergangslösung. Das bedeutet, dass wir mehr Zeit zur Verfügung haben, zukunftstaugliche Lösungen zu suchen. Für über 50-jährige Mitglieder der Pensionskasse Basel-Stadt sind Mehraufwendungen für das Abfedern des Übergangs vorgesehen. Im Verlauf des Jahres 2007 wird die Universität in Absprache mit den beiden Regierungen festlegen, ob ein Anschlussvertrag mit der Pensionskasse Basel-Stadt oder mit jener des Kantons Basel-Landschaft abgeschlossen werden soll. Diese Lösung hilft sicher mit, dass hier eine gewisse Akzeptanz geschaffen werden kann. Wir sind interessiert an motivierten Leuten

lage ist kurz vor den Sommerferien dem Baselbieter Landrat und dem Grossen Rat von Basel-Stadt zugeleitet worden. Es geht nun darum, dass beide Parlamente sich auf dieser gemeinsamen, zukunftsorientierten und realistischen Basis finden und so die Voraussetzungen schaffen für die Verwirklichung des äusserst bedeutungsvollen Vorhabens.

Im Baselbiet ist mit einer Volksabstimmung im ersten Semester nächsten Jahres zu rechnen. Eine wuchtige, überzeugende Zustimmung soll unserer Uni den Rückhalt geben, sich auch in Zukunft im harten internationalen Wettbewerb in Spitzenpositionen zu bewähren. Dazu wollen wir als Förderverein unseren Beitrag leisten. Ich fordere Sie auf, liebe Mitglieder und Sympathisanten des FUB, dies auch persönlich zu tun.

Jean-Luc Nordmann

und wollen nicht, dass sich die öffentliche Diskussion schliesslich auf die Pensionskasse reduziert. Auf diese Weise sind die Chancen intakt, dass wir echt über Bildung reden können, nicht über Kassenleistungen.

Gibt es einen wirklich kritischen Punkt in der ganzen Sache?

Kritisch, wenn Sie so wollen, ist die finanzielle Verkräftbarkeit für den Kanton Basel-Landschaft. Wir bezahlen nach den bereits vorgegangenen Ausbauschritten künftig nochmals 15,8 Millionen Franken mehr an die Uni. Der künftige Ausbau wird zudem hälftig mitfinanziert vom Kanton Basel-Landschaft.

Zweifeln Sie daran?

Nein, das tue ich nicht. Aber ein solches Projekt wie die gemeinsame Universität muss immer von der Einsicht und dem Willen der breiten Bevölkerung mitgetragen sein. Deshalb ist hier permanent Überzeugungs-

arbeit zu leisten.

Was würde bei einer Ablehnung passieren?

Bei unserer Konkurrenz in der Hochschullandschaft wäre in der Schweiz oder auch im benachbarten Ausland das grosse Bedauern

kaum echt. Aber wir, hier in der Region, und nicht zuletzt im Kanton Basel-Landschaft, wären davon ganz direkt negativ betroffen und müssten diese bittere Pille ganz alleine schlucken, mit allen negativen Folgen, die sich schliesslich daraus ergäben. Eine von Basel ganz

allein getragene Universität, an die wir uns dennoch halbherzig festklammerten, geriete in Gefahr, im Kräftespiel der starken Regionen sang- und klanglos unterzugehen. Kein wünschbares Szenario.

Das sagen die Regierungen



Der Abschluss des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität bildet einen Meilenstein in den Partnerschaftsverhandlungen zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Mit dem Universitätsvertrag von 1994 hatte der Kanton Basel-Landschaft einen ersten grösseren Schritt hin zur Mitträgerschaft unternommen. Das Engagement wurde anschliessend mit einer Erhöhung des Beitrags, mit dem Abschluss des Immobilienvertrags und mit der Zusprache von Sonderbeiträgen schrittweise weiter ausgebaut. Nun ist der Zeitpunkt für die vollumfänglich gemeinsame Trägerschaft der Universität durch beide Kantone gekommen.

Der bikantonalen Trägerschaft ist eine gemeinsame ausgewogene Steuerung und Finanzierung zu Grunde gelegt, die neu auch die

Medizinische Fakultät und die Liegenschaften der Universität umfasst. Im Jahr 2007 wird sich der Globalbeitrag des Kantons Basel-Landschaft an die Universität auf 127.5 Mio. Franken belaufen, derjenige des Kantons Basel-Stadt auf 125.5 Mio. Franken, bei einem Gesamtaufwand der Universität von rund 500 Mio. Franken. Für die Umsetzung der vom Universitätsrat im Portfoliobericht beschlossenen Massnahmen erhält die Universität dabei in der ersten Leistungsperiode 2007 - 2009 stufenweise zusätzliche Mittel bis zur Höhe von 26 Millionen Franken. Der Kanton Basel-Stadt wird zudem die Kosten für die Übergangsfinanzierung der Pensionskasse im Jahr 2007 von zirka 5.6 Millionen Franken übernehmen und zusätzlich einen substanziellen Beitrag zur Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse

des Kantons Basel-Stadt für die Versicherten der Universität leisten müssen.

Für die Steuerung und Organisation der Universität haben die Regierungen auf die positiven Erfahrungen mit dem bisherigen Universitätsvertrag, den bikantonalen Fachhochschulverträgen sowie dem Vertrag der vier Kantone für die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) zurückgegriffen. Dabei wurde die gut eingespielte Autonomie der Universität so weit wie möglich unverändert gelassen. Neue Regelungen verlangten insbesondere die Integration der Klinischen Lehre und Forschung in das Budget der Universität sowie der Umgang mit den von der Universität genutzten Liegenschaften (Mietlösung für die vom Kanton Basel-Stadt zur Verfügung gestellten Immobilien, Integration des bisherigen separaten Immobilienvertrags). Durch die gemeinsame Trägerschaft haben sich sodann auch Änderungen auf der Steuerungsebene der Kantone ergeben.

Die bisherige Leistungsvereinbarung zwischen dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und dem Universitätsrat wird durch einen bikantonalen Leis-

tungsauftrag der beiden Regierungen an die Universität abgelöst, der die Leistungen umschreibt, welche die Kantone für Ihren Globalbeitrag erwarten. Auf der Grundlage dieses Auftrags schliesst die Universität sodann Leistungsvereinbarungen mit beiden Kantonen oder mit einem der Kantone in verschiedenen Einzelbereichen ab (Klinische Lehre und Forschung, Immobilien, kantonsbibliothekarische Leistungen BS, Studienberatung usw.). Das Grundprinzip des Leistungsauftrags wie der einzelnen Leistungsvereinbarungen besteht in der transparenten, leistungsgerechten Abgeltung aller Leistungen der Universität.

Gut die Hälfte des Gesamtaufwands der Universität von rund 500 Millionen Franken pro Jahr wird von den beiden Trägerkantonen finanziert werden. Im Jahr 2007 leisten sie einen Trägerbeitrag von 253 Millionen Franken, wovon auf den Kanton Basel-Landschaft 127.5 Millionen Franken und auf den Kanton Basel-Stadt 125.5 Millionen Franken entfallen werden. Die Beiträge für das Jahr 2009 belaufen sich auf 134.6 Millionen Franken für den Kanton Basel-Landschaft und 132.5 Millionen Franken für den Kanton Basel-Stadt.

Das sagen die Medien



Basler Zeitung 28. Juni 2006

Neustart mit altem Namen

Der Kanton Baselland wird ab 2007 mehr Geld für die Uni Basel ausgeben als Basel-Stadt. Dies sieht der Vertrag über die gemeinsame Trägerschaft vor, den die beiden Regierungen den Parlamenten vorlegen. Zahlen seien wichtig, sagt Joakim Rüegger, der Leiter des Basler Ressorts Hochschulen. Doch von Zahlen mochte er gestern nicht in erster Linie sprechen, sondern vor allem von einem «Meilenstein» und einem «Durchbruch». Der soeben von den Regierungen beider Basel abgesegnete Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel sichere die Zukunft der Bildungseinrichtung. In Liestal tönte es ähnlich: «Wir stehen vor dem Abschluss eines gewaltigen Projekts», meinte Bildungsdirektor Urs Wüthrich.

Basellandschaftliche Zeitung 28. Juni 2006

Nur noch Monate bis zur neuen Universität

„Im Januar 2007 soll die älteste Uni des Landes definitiv eine Universität beider Basel sein.“ Dies hat die bz bei der Vorstellung des Staatsvertrages im September 2005 geschrieben. Gestern haben die Regierungen der beiden Kantone den Staatsvertrag definitiv zu Händen ihrer Parlamente verabschiedet. Das ambitionöse Startdatum ist immer noch drin, auch wenn wieder Verspätungen eingetreten sind. Die Regierungen wollten den Vertrag dem Landrat und dem Grossen Rat eigentlich im März vorlegen.

Doch nun wird das Dokument noch vor den Sommerferien an die Bildungskommissionen der beiden Räte verschickt, wohl in der Hoffnung, dass diese die Sommerferien für ihre Bearbeitungen nutzen werden. Da im Kanton Baselland nach dem Parlamentsentscheid noch eine Volksabstimmung zu erwarten ist, müssen die Parlamente bald ihre Entscheide treffen könne.

Die beiden Regierungen hätten sich gefreut, dass der Staatsvertrag gut aufgenommen worden sei. Nahezu alle Beteiligten der Vernehmlassung hätten sich positiv gegenüber der gemeinsamen Trägerschaft geäussert, steht in der Mitteilung. Dem Wunsch, dass die Uni noch eigenständiger wird, konnte aber genauso wenig entsprochen werden wie jenem, dass die Uni wieder ganz in die Hände des Staats zurückkehren sollte. Ebenso wollten die beiden Regierungen mit der gemeinsamen Trägerschaft nicht warten, bis sich Solothurn und Aargau, analog zur Fachhochschule Nordwestschweiz, auch dazu entschlossen haben.



kommentar

Viel gelernt aus der Vergangenheit

Die Partnerschaft zwischen den beiden Basel hat in den letzten fünf, zehn Jahren des öfteren hohe Wellen geschlagen. In den beiden Kantonsparlamenten etwa gab es manche Gelegenheit, dem Nachbarn und Partner etwas vorzurechnen oder eins auszuwischen. (...) Nach einigen Monaten der Verstimmung folgten aber wieder bessere Zeiten. (...) Bekenntnisse zum Zusammengehen hatte es schon immer gegeben, aber wirklich näher gekommen ist man sich erst, seit die Standards zu den Partnerschaftsthemen gelten. Dass diese nicht nur ein Stück Papier sind, beweist das vorliegende Geschäft. Was die beiden Kantonsparlamente nun vorgesetzt erhalten, ist ein ausgereiftes Projekt. Daher darf man hoffen, dass die Universität beider Basel nach den Sommerferien sowohl im Landrat als auch im Grossen Rat die Hürde nimmt und dann auch die Volksabstimmung im Baseltbiet besteht. (...)

Markus Vogt, BZ

«Die Regenz wird zum Schattenkabinettt»

Sandra Stämpfli, Studentin der juristischen Fakultät, ehem. Vorstandsmitglied für nationale Hochschulpolitik der skuba (Rat der Studentinnen/Studenten) stellt sich den Fragen von UniPLUS.



Sandra Stämpfli

Sandra Stämpfli, jetzt liegt der Vertrag für eine gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel vor. Glauben Sie, dass hier ein wesentlicher „Meilenstein“ geschaffen wird?

Sandra Stämpfli:

Ja, da bin ich der festen Überzeugung. Die Universität braucht eine klare und definitive Absicherung ihrer Finanzierung.

Es bleibt zu hoffen, dass (hier) genügend Spielraum für Anpassungen vorhanden bleibt.

Die Portfoliodiskussion vor zwei Jahren hat gezeigt, was passiert, wenn sich die Universität finanziellen Engpässen gegenüber sieht: Stellen und Fächer werden gekürzt, und dabei wird dann leider oftmals nicht mehr rational und im Sinne von Lehre und Forschung vorgegangen, sondern rein wirtschaftlich. Ich hoffe, dass mit diesem Staatsvertrag jetzt ein Grundsatzentscheid über die gemeinsame Trägerschaft gefällt worden ist, durch den sich die Uni

wieder auf das konzentrieren kann, was eigentlich ihr Sinn und Zweck ist: Lehre und Forschung auf hohem Niveau.

Nur fragt sich, ob die Tendenz, nur lukrative und – ketzerisch gesagt – «publicity-wirksame» Fächer zu fördern, tatsächlich der richtige Weg ist.

Sehen Sie gewisse Mangelerscheinungen im Vertragswerk?

Sandra Stämpfli:

Leider ja. Zum einen fürchte ich, dass die Regelung, wer denn schlussendlich wie viel bezahlt, welche Gebäude wo zu stehen kommen etc. in einem Staatsvertrag zu unflexibel geregelt sind. Was, wenn sich die Situation in fünf Jahren verändern sollte? Dann haben wir zwar einen Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft, aber die Diskussion über die Feinheiten beginnt von Neuem. Es bleibt zu hoffen, dass hier genügend Spiel-

raum für Anpassungen vorhanden bleibt.

Andererseits sehe ich massive Beschneidungen der Mitspracherechte der einzelnen Gruppierungen. Die Regenz, das wichtigste und grösste Gremium der Uni, wird zunehmend zu einem Schattenkabinettt degradiert, welches als blosses Diskussionsforum zwar noch über die aktuellen Probleme reden, aber nicht mitreden darf. Die Leitung der Uni wird in die Hände von Personen gelegt, die mit dem Universitätsbetrieb herzlich wenig zu tun haben, vielleicht nie an einer Uni waren. Das führt unweigerlich zu Spannungen und Qualitätsverlusten.

Welche Schwächen hat die Universität Basel?

Sandra Stämpfli:

Meines Erachtens hat die Universität Basel zwei grosse Schwächen: Der ewige Kampf ums Geld und eine massive «Identitätskrise».

Hoffen wir, dass Ersteres mit dem Staatsvertrag besser wird. Es bleibt dann aber immer noch die Frage nach der Positionierung der Universität in Lehre und Forschung. Dass wir nicht blosses Mittelmass sein wollen versteht sich von selbst. Nur fragt sich, ob die Tendenz, nur lukrative und – ketzerisch gesagt – „publicity-wirksame“ Fächer zu fördern, tatsächlich der richtige Weg ist. Wir haben den grossen Vorteil, dass unsere Naturwissenschaftlichen Fächer stark von der Pharmabran-

che unterstützt werden. Um diese Gunst nicht zu verlieren hat die Universitätsleitung in den letzten Jahren vermehrt Konzessionen zugunsten der phil. II-Fächer und der Medizin gemacht und die Geistes- und Sozialwissenschaften teilweise doch recht stiefmütterlich behandelt. Dabei sind es gerade auch diese Fächer, dank denen die Universität ihren guten Ruf geniesst. Es ist für uns Studierende nicht nachvollziehbar, weswegen man nicht weiterhin ein breites Spektrum an Fächern anbieten will. Wäre es denn so schwierig, mit anderen Universitäten zusammenzuarbeiten und inter-universitäre Kurse anzubieten? Für kleine Studiengänge mit sehr wenigen Studierenden könnte ich mir beispielsweise gut vorstellen, Grundkurse an jeder Uni zu lesen und dann die speziellen Aufbaukurse mit anderen Universitäten zusammen anzubieten.

Früher hat die Regenz noch wichtige Entscheide getroffen, heute muss sie sich glücklich schätzen, wenn ihre Meinung berücksichtigt wird.

Was ist vordringlich für die Studentenschaft der Uni Basel?

Sandra Stämpfli:

Die Studierenden der Universität haben sich in den letzten vier Jahren immer wieder mit den gleichen Problemen konfrontiert gesehen: zu wenig Mitspra-

che, zu wenig Geld, zu viele Studierende und – als Resultat daraus – teilweise sehr schlechte Betreuungsverhältnisse.

Folgendes Beispiel verdeutlicht unsere missliche Situation: Die Regenz, also das Gremium, in welchem wir die stärkste Vertretung haben, wird sukzessive „entmachtet“: früher hat die Regenz noch wichtige Entscheide getroffen, heute muss sie sich glücklich schätzen, wenn ihre Meinung berücksichtigt wird. Nun wird von der Unileitung bekannt gegeben, dass angestrebt wird, die Studierendenzahlen bis auf 12'000 Studierende zu erhöhen. Auf unsere Anmerkung hin, dass z.B. die Jura-StudentInnen bereits mit 350 Personen in für 200 Personen konzipierten Hörsälen sitzen und wie das denn mit 12'000 Studierenden aussehen soll, hiess es, man hätte eben kein Geld und an anderen Universitäten

seien die Verhältnisse noch schlechter. Diese völlig unhaltbare Antwort kann man nun in die Regenz tragen und dort auch diskutieren – sehr wahrscheinlich wird man uns auch Verständnis entgegen bringen. Nur: die Regenz hat ja nichts mehr zu sagen! Sie sehen also, wo der Hase begraben liegt...

Es wäre meines Erachtens ein grosser Verlust, wenn in Bern beispielsweise nur noch Geisteswissenschaften, in Basel nur noch Naturwissenschaften und Medizin etc. gelesen würden.

Wie glauben Sie, sollte die Hochschullandschaft idealerweise aussehen?

Sandra Stämpfli:

Ich habe die Hochschullandschaft als ein hybrides Gebilde erlebt, in welchem die Universitäten sehr individuelle Probleme – und

Lösungen dafür – haben. Da ist ein gesamtschweizerischer Diskurs sehr schwer, zumal die ETHs auch eine sehr privilegierte Position einnehmen. Auf jeden Fall ist eine gewisse Vereinheitlichung bezüglich Studienformen (Bologna!), ein gesamtschweizerisches Modell der Studiengebühren und vor allem: ein einheitliches Stipendien- und Darlehenswesen wünschenswert. Was aber auf keinen Fall das Resultat der „Vereinheitlichung“ sein darf, sind die sog. „Schwerpunkturniversitäten“: jede Universität wird auch durch die „kleinen“ Fächer geprägt. Es wäre meines Erachtens ein grosser Verlust, wenn in Bern beispielsweise nur noch Geisteswissenschaften, in Basel nur noch Naturwissenschaften und Medizin etc. gelesen würden. Fächerübergreifendes Denken, was ja gerade auch mit Bologna gefördert werden soll, würde so doch komplett unterbunden! Fachlich

haben die schweizerischen Universitäten unglaublich viel zu bieten – es sind die Finanzen, die die qualitativ hochstehende Lehre und Forschung so oft bremsen!

Welche Chance geben Sie der Universität beider Basel vor dem Volk?

Sandra Stämpfli:

Ich denke, die Bevölkerung beider Basel wird so entscheiden wie so oft in Fällen, in denen nur ein geringer Teil tatsächlich (und zwar nicht finanziell) betroffen ist: diejenigen, die etwas mit der Uni zu tun haben, werden sicherlich für die Vorlage stimmen. Diejenigen, die sich nicht für die Universität interessieren werden der Empfehlung der Regierung folgen und nur die wirklichen Gegner werden ein „Nein“ einlegen. Alles in allem wird der Vertrag wohl angenommen, wenn auch nicht mit überragendem Ergebnis. Aber das ist im Endeffekt auch egal.

Der Uni den Baselbieter Geist einhauchen

Das Podiumsgespräch im Baselbieter Landratssaal vom 27. April eröffnete die Diskussion über die gemeinsame Trägerschaft der Uni beider Basel. Damals waren noch nicht alle Fakten restlos geklärt. Die Teilnehmer waren sich aber einig: Die Basler schaffen das alleine nicht!



Mit einer Podiumsdiskussion griff der Förderverein Universität Basel am 27. April 2006 das Thema der gemeinsamen Universität auf. Zwar waren die Einzelheiten des Vertrages noch

nicht endgültig festgelegt. Letzte Verhandlungsrunden standen, entgegen ersten Erwartungen, damals noch bevor. Dies tat allerdings der lebhaften und informativen Veranstaltung keinen Abbruch. Unter der Leitung des Präsidenten Jean-Luc Nordmann diskutierten die beiden Regierungsräte Christoph Eymann (Basel-Stadt), Urs Wüthrich (Baselland), Paul Herrling, Forschungschef bei Novartis, Karl Willimann, Landrat der

SVP, Ulrich Gäbler, Rektor der Universität Basel und Sandra Stämpfli, Studierende und damals Vorstandsmitglieder skuba.

Versammelt war man im Landratssaal in Liestal. Ein wenig in der Hoffnung, die Landrätinnen und Landräte würden nach dem Apéro bleiben und mithören. Das war teilweise der Fall. Sehr teilweise.

Jean-Luc Nordmann ver-

hehlte den Zweck des Fördervereins nicht: Alle Kräfte sind auf den Erhalt und eben die Förderung der Universität auszurichten. Die Veranstaltung dient dem Zweck, die öffentliche Diskussion in Gang zu bringen. Es geht dabei um eine Lösung, die eine breite Zustimmung erfahren kann. Es geht darum, die Erkenntnis wachsen zu lassen, dass die Universität eng zur Region und eng zu unserer Gesellschaft und dem Wohlstand



Christoph Rudin, Peter Schmid

gehört. Es geht darum, darzulegen, dass wir alle davon profitieren.

Urs Wüthrich konnte schon damals erklären, dass man sich bezüglich der gemeinsamen Universität auf der Zielgerade befinde. Einzelne Elemente, wie die Frage der Immobilien oder der Pensionskasse waren noch offen. Aber es ist gar keine Frage mehr: beide Basel stehen zur Uni. Die Baselbieter machen dafür zusätzliches Geld locker.

Eine Universität ist nie ein Selbstzweck, sagte Christoph Eymann, sondern Mittel zum Zweck. Ein richtiger Motor für die Wirtschaft. Basel aber ist zu klein, diesen Motor in Gang zu halten. Es gibt aber keine zwei Kantone, die so eng zusammenarbeiten wie die beiden Basel jetzt schon. Er lobte die Baselbieter, weil sie schon bisher mehr taten als sie eigentlich mussten. Das reicht aber nicht. Es kommt nationale, internationale Konkurrenz. Wenn die beiden Basel nicht zusammenspannen, werden sie an den Rand gedrängt.

Rektor Ulrich Gäbler sprach von einer blühenden Univer-

sität, die wächst, gedeiht. Der Anteil der Studierenden aus beiden Basel nimmt prozentual gesehen gerade deshalb ab. Zwei Drittel der Studenten suchen einen Studienplatz in der Nähe. Bei den Life Sciences und den Geistes- und Sozialwissenschaften kann Basel gut mithalten. Aber nur, wenn die beiden Kantone sich zusammen tun. Es braucht dazu das Vertrauen der Bevölkerung. Es braucht weiterhin Autonomie, verbunden mit Rechenschaftsbericht und Selbstkontrolle. Kurz: eine starke Uni in einer starken Region mit einer starken Trägerschaft.



Forschungschef Paul Herrling meinte zur Frage, was eine starke Uni für die Wirtschaft bringt, dass ohne Universität die Forschung gar nicht aufrecht gehalten werden kann. Eine Universität muss forschen, sie bildet Forscher aus. Die Unternehmen stehen in globalem Wettbewerb, deshalb

muss auch die Forschung Weltstandard haben. Neue „Players“ kommen: China, Taiwan und andere. Basel steht aber, nüchtern betrachtet, ohnehin nicht im Zentrum. Die Universitäten sind also in einem globalen Wettbewerb. 180'000 Basler Seelen schaffen das nicht alleine.

Landrat Karl Willmann, als kritischer SVP-ler an das Podium eingeladen gab zu verstehen, dass ihm diese Trägerschaft mit den beiden Basel zu wenig weit geht. Die Kantone Aargau und Solothurn, beide mit ansehnlichen Studentenzahlen vertreten, müssen sich an der Uni ebenfalls beteiligen.



Er verwies auf den Finanzierungsmodus bei den Fachhochschulen und plädierte für ein ähnliches System. Er monierte auch, der Standortvorteil, der Basel-Stadt aus dem Universitätsvertrag verbleibt, ist mit 10 Prozent und später 5 Prozent zu klein veranschlagt.

Die Studentin Sandra Stämpfli lobte die Ziele im Vertrag. Wichtig ist die hoch stehende Qualität von Lehre und Forschung. Aber das Betreuungsverhältnis stimmt nicht, mahnte sie. Da will man also noch mehr Studierende anlocken, aber jetzt schon hocken die Studenten auf dem Boden in Hörsälen, gebaut für 200 und gefüllt mit 400.

In der Diskussion zeigten sich keine allzu scharfen

Gegensätze. Die Uni hatte vom Grundsatz her nur Befürworter. Von Interesse war aber da und dort beispielsweise der Steuerungsprozess. Das brachte Christoph Eymann auf den Plan: Wenn Parlamente zuviel dreinreden, dann läuft das nicht gut. Denn die Politik lebt von Strömungen. Es ist wie beim Bankrat: einmal gewählt, ist er verantwortlich und bleibt das auch bei künftigen Entscheidungen.



Die Bedeutung der Universität ist erkannt, stellte Jean-Luc Normann zum Schluss fest. Es braucht diese starke, internationale Uni mit Spitzenleistung. Man muss ihr jetzt noch den Baselbieter Geist einhauchen.

Basler Zeitung

Das es eine gemeinsame Trägerschaft für die Universität braucht, davon waren alle Teilnehmer eines Podiumsgesprächs des Fördervereins für die Uni in Liestal überzeugt.

Volksstimme

Am Donnerstagabend moderierte deshalb Förderverein-Präsident Jean-Luc Nordmann eine trotz namhafter Besetzung schwach besuchte Podiumsdiskussion. „Wir wollen zeigen, dass alle von einer starken Universität profitieren“, erklärte der Direktor für Arbeit beim Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) aus Arlesheim das Ziel des Fördervereins.

BLKB-Jubiläumsstiftung fördert wissenschaftliche Exzellenz



Förderung von Exzellenz

Mit dem Ziel der **Förderung wissenschaftlicher Exzellenz** bieten wir Absolventinnen und Absolventen der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz mit überdurchschnittlicher Qualifikation die Möglichkeit von

Stipendien

für Weiterbildung oder Forschungstätigkeit in den Studienrichtungen Geistes- und Sozialwissenschaften, Kunst und Gestaltung, Pädagogik und Psychologie sowie Wirtschafts- und Rechtswissenschaften.

Anforderungen	Dauer	Anmeldeschluss
Mindestens Lizentiat oder Masterdiplom der Universität Basel oder Diplomabschluss der Fachhochschule Nordwestschweiz Bezug zum Kanton Basel-Landschaft Bis zum Alter von 35 Jahren	In der Regel während eines Jahres	Jeweils 1. März und 1. August

Interessentinnen und Interessenten, die sich für ein solches Stipendium qualifizieren, sind eingeladen, sich für weitere Auskünfte und Anmeldeformulare zu melden bei:
 Jubiläumsstiftung der Basellandschaftlichen Kantonalbank
 Rheinstrasse 7, 4410 Liestal, Herrn Rudolf Gubler, E-Mail: rudolf.gubler@blkb.ch

www.blkb.ch/jubilaeumsstiftung



Die Jubiläumsstiftung der Basellandschaftlichen Kantonalbank verfügt jährlich über einen Betrag von 0,6 bis 0,7 Mio. Franken, von dem sie jeweils eine bedeutende Summe für die Aus- und Weiterbildung junger Menschen zur Verfügung stellt. Im Jahr 2005 hat die Stiftung 176 Stipendiengesuche in Höhe von insgesamt 468 500 Franken bewilligt. Weiter hat die Jubiläumsstiftung im Berichtsjahr 44 Kulturprojekte mit insgesamt 146 700 Franken unterstützt. Die Beiträge verteilen sich auf Theater, Tanz, Performance, Film, Bücher und anderes. Ausserdem verleiht die Stiftung seit 1991 jährlich drei Preise für kulturelle, sportliche, wissenschaftliche und unternehmerische Leistungen. Neu wird die Stiftung auch Impulse zur Förderung der wissenschaftlichen Exzellenz in der Region setzen. Junge Hochschulabsolventinnen und -absolventen in den Gebieten der Geistes- und Sozialwissenschaften, der Kunst und Gestaltung, der Pädagogik sowie der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sollen mit Mitteln der Stiftung zusätzlich unterstützt werden. Die Jubiläumsstiftung der Basellandschaftlichen Kantonalbank ist im Jahr 1964 gegründet worden. Über die Vergabe von Mitteln entscheidet der Stiftungsrat unabhängig von der Bank auf Grund festgelegter Kriterien. Für die Förderung von Exzellenz ist ein eigener wissenschaftlicher Beirat gebildet worden.

impresum

HERAUSGEBER

Adresse
 Förderverein der Universität Basel,
 Werner Strüby
 Kirschgartenstrasse 28
 4147 Aesch
fub.sekretariat@gmail.com

Präsident:
 Jean-Luc Nordmann

REDAKTION

Klaus Kocher
 Klusstrasse 29a
 4147 Aesch
 Tel. 061 753 03 30
uniplus@bluewin.ch

REDAKTIONSKOMMISSION

Béatrice Grieder, Ivo Corvini,
 Peter Hellinger

REDAKTIONSSCHLUSS

war am 11.8.2006
 Versand am 24.8.2006

INTERNET

www.foerderverein-unibasel.ch

GESTALTUNG / PRODUKTION

Patrick Sayer, Binningen

DRUCK

Kurt Fankhauser AG, Basel
 Auflage 1300 Ex.